

die gesamten Kruppischen Fabriken stillgelegt. Die etwa 30 000 Mann zählende Belegschaft ist dann auf die Erwerbslosenfürsorge angewiesen. Auch die Verwaltung der Dortmund Union gibt bekannt, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr bald das Werk stilllegen müßte.

Ein Waffensfund im Reichstage.

Berlin, 21. Mai.

Zu den Gerüchten über Auffindung von Waffen im Reichstagsgebäude erfährt man, daß am Dienstag anlässlich von Instandsetzungsarbeiten vom Heizerpersonal in einem abgelegenen Raum der Heizungsanlage, der seit Jahren nicht betreten worden ist, dreizehn Militärgewehre und ein Karabiner in verstaubtem Zustande gefunden worden sind. Das läßt darauf schließen, daß die Waffen bereits seit der Besetzung des Hauses Ende 1918 durch das sogenannte Regiment „Reichstag“ dort lagern. Die Waffen wurden in Verwahrung genommen und der zuständigen Stelle zugeführt.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 21. Mai. Die heutige Landtagssitzung stand unter dem Zeichen der großen Rede des Finanzministers Dr. Reinhold, die dieser anlässlich der Vorberatung des Haushalts hielt. Er wies eingangs darauf hin, daß der vorliegende Etat zum erstenmal nach der unheimlichen Inflationszeit auf festem Boden stehe. Er gedachte des Tages, an dem die Reichsregierung durch Schaffung der Rentenmark die Wiedergesundung unserer Wirtschaft anbahnte, und sprach die Hoffnung aus, daß die Rentenmark sich stabil erhalten werde, bis die Goldmark gekommen sei. Die Inflationszeit habe zu einer Droffelung fast aller sächsischen Ausgaben geführt. Der Finanzausgleich, der durch die Dritte Steuernotverordnung unternommen wurde, sei zu sehr zugunsten des Reiches geschlagen. Zur Balancierung des Etats sei es nötig, die Vermögenssteuer am 1. Juli etwas zu erhöhen, aber auch dann noch werde Sachsen die billigsten Mieten in Deutschland haben. Zur Deckung laufender Ausgaben dürften keine Schulden aufgenommen werden. Jede Steuer werde streng darauf hin geprüft werden, ob sie wirtschaftlich tragbar sei. Es sei die höchste Zeit, daß wir in Deutschland aus dem Steuerzwang herauskommen. Redner ging auf Einzelheiten des Etats ein und begründete seine verspätete Einbringung. Ein Vergleich mit dem letzten Friedensetat von 1914 ergebe eine Steigerung des Staatsbedarfs von 70 Prozent. Das liege aber an der Übernahme der Volkswirtschaften und der Ausgaben für Landespolizei und Erwerbslosenfürsorge auf den Staat. Das Streben der Regierung werde darauf gerichtet sein, eine weitere Vereinfachung der Staatsverwaltung herbeizuführen. Der Minister streifte dann die staatlichen Betriebe, das Verkehrswesen usw. und sprach die Hoffnung auf baldige dauernde Gesundung unserer Wirtschaft aus. Die Rede des Finanzministers wurde von der Mitte beifällig aufgenommen. Die Kommunisten glichen sich in wiederholten Zwischenrufen. — Als erster Staatsredner trat Abg. Castan (So.) auf. Er war im großen und ganzen mit dem Etat einverstanden, beklagte aber u. a., daß die Länder nichts tun könnten, um die indirekten Steuern abzubauen, und kam dann auf die Polizei zu sprechen, die er gegen den Vorwurf verwarf, daß ihre Ueberparteilichkeit gefährdet sei, weil Sozialdemokraten und Kommunisten unter ihren Beamten sich befänden. Er verlangte, daß bei der Einstellung von Polizeibeamten der militärische Dienstgrad nicht ausschlaggebend sein dürfe. — Der deutschnationale Redner Abg. Kuntzsch beschränkte sich auf die Heraushebung von Einzelheiten des Haushalts, mit denen er sich teils einverstanden erklärte, teils sie beanstandete. — Abg. Anders (D. Sp.) bezeichnete es als den schwächsten Punkt des Etats, daß die unbedingt notwendige Erhöhung der Beamtengehälter nicht vorgesehen sei. Er beanstandete dann die geringen Erträge der staatlichen Betriebe und verlangte die Vorlegung eines Gesetzes zur Neuregelung der Gewerbesteuer. Schließlich beschäftigte sich Redner mit den zum Etat vorliegenden Anträgen, die man im Ausschuss gründlich beraten werde. — Der Kommunist Bötscher erklärte kurz und bündig, seine Partei stehe dem bürgerlichen Staate feindselig gegenüber und werde deshalb den Etat der sächsischen Klassenregierung ablehnen. — Der Parteifreund des Finanzministers, der demokratische Abgeordnete Dr. Dehne, rechnete zunächst mit der deutschnationalen Anfrage wegen der verspäteten Vorlegung des Etats ab und erklärte, eine frühere Vorlegung sei nicht möglich gewesen. Er forderte größere Rentabilität der Staatsbetriebe, besonders der landwirtschaftlichen, und eine den politischen Anforderungen entsprechende Ausgestaltung der „Sächsischen Staatszeitung“. Als sich Dr. Dehne am Schluß seiner Ausführungen gegen die Kommunisten wendete, brach bei diesen wieder einmal ein Tobeschrei aus. Es gelang ihnen aber nicht, den Redner niederzuschreien. — Heute Donnerstag 9 Uhr sollte die Etatvorberatung fortgesetzt werden.

Aus dem Rechtsausschuß.

Dresden, 21. Mai. Der Rechtsausschuß nahm in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über wertbeständige Darlehen und Erweiterung der Landwirtschaftsbank nach der Regierungsvorlage einstimmig an. Ein Antrag, die Verordnung des früheren Innenministers, betreffend Verbot des Waffentragens der Militärvereine zur Abgabe von Ehrensalven bei Begräbnissen, unverzüglich aufzuheben, führte zum zweitenmal zu einer längeren Debatte. Von linkssozialistischer Seite wird die Abgabe von Ehrensalven als militärische Spielerei bezeichnet. Der Antrag wird ohne die Stimmen der Linken abgelehnt. Ein kommunistischer Gegenantrag fand keine Mehrheit. Die Regierung gab die Erklärung ab, daß sie von Fall zu Fall den Gebrauch der Waffen zur Abgabe von Ehrensalven nachlassen werde. Der Antrag der Linkssozialisten, wonach die Regierung den Religionsunterricht aus den ersten vier Schuljahren hinausweisen soll, wird vom Berichterstatter Abg. Arzt bemerkenswertweise mit dem Hinweis auf eine glatte Durchführung des Gesamtunterrichts begründet. Vom Mitberichterstatter Abg. Hidmann (D. Sp.) wird der beantragte Zustand unter den gegenwärtigen Verhältnissen für unannehmlich und undurchführbar erklärt. Volksschulungsminister Dr. Kaiser beruft sich auf Art. 149 der Reichsverfassung und erklärt, daß kein Anlaß vorliege, gegenüber der bisherigen Einrichtung die Grundschule völlig vom Religionsunterricht zu entziehen. Die bürgerlichen Parteien wenden sich mit Entschiedenheit gegen den Antrag. Die Linkssozialisten erklären den Religionsunterricht in der Schule für schädlich und die Kommunisten stellen den Antrag, den Religionsunterricht aus der gesamten Schule zu entfernen. Die Abstimmung wird abgesetzt. Ein weiterer Antrag Arzt zielt darauf ab, die jetzt zugelassene Unterrichtsbesetzung an kirchlichen Feiertagen wieder zu beseitigen. Auch hierüber wird die Abstimmung abgesetzt.

Politische Rundschau

Der neue Haushaltplan des Reiches.

Der Reichsrat wird in seiner nächsten Vollsession mit der Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1924 beginnen. Der Reichsfinanzminister hat zu diesem Zweck einen neuen, abgeänderten Entwurf aufgestellt, der sich von dem vor wenigen Wochen vorgelegten Entwurf in verschiedener Hinsicht unterscheidet. Der jetzige Entwurf ist nach dem Stande vom 1. April aufgestellt und berücksichtigt die durch den Personal- und Verwaltungsabbau erzielten Ersparnisse und die am 1. April eingetretene allgemeine Erhöhung der Gehälter und Löhne.

Der deutsch-russische Konflikt.

Die Handelsvertretung Sowjetrusslands hat in Deutschland erklärt, sie weise es entschieden gegenüber der Beschuldigung parteipolitisch-agitatorischer Tätigkeit zurück, daß sie jemals über die ihr vertragsmäßig zustehenden Befugnisse hinausgegangen sei. Andere Behauptungen seien aus der Luft gegriffen. Wenn der von den deutschen Behörden verhaftete Bozenhardt als deutscher Staatsangehöriger parteipolitisch tätig war, so sei dies seine private Angelegenheit gewesen. Selbstverständlich habe die Handelsvertretung auch keinerlei Kenntnis von seinem Aufenthaltsort gehabt.

Rentabilität der Reichspost.

Unter dem Vorsth des Reichspostministers Dr. Höffe hat in Berlin eine Zusammenkunft der Postpräsidenten stattgefunden, in der die wichtigsten, aus dem Postfinanzgesetz sich ergebenden Fragen des Betriebes beraten wurden. Wenn auch die finanzielle Lage der Post sich in letzter Zeit etwas gebessert hat, so reichen doch die Mittel noch nicht aus, um allen berechtigten Wünschen von Handel und Wirtschaft schon jetzt zu entsprechen. Nur bei anhaltender Besserung der Gesamtlage kann schrittweise eine Milderung der Abbaumaßnahmen vorgenommen werden.

Die Kommunisten gegen das Sachverständigen Gutachten.

Ein im Preussischen Landtag eingegangener Antrag der kommunistischen Fraktion fordert die Ablehnung der im Sachverständigen Gutachten niedergelegten Idee, einen „Pakt“ zu schließen zwischen dem deutschen und dem internationalen Kapital, ferner die Sicherung des achtstündigen Arbeitstages, Arbeitslosenunterstützung für Streikende und Ausgeperrte, Schutz des Koalitionsrechts und Auflösung der Technischen Hochschulen.

Bayerns innere Politik.

Die Hauptfrage bildet jetzt die Gestaltung der neuen Regierung. Nach dem Resultat der letzten Beratung der Bayerischen Volkspartei erscheint es ausgeschlossen, daß Herr v. Knilling wieder zur Regierungsbildung berufen wird. Vielmehr wird Justizrat Dr. P. Jeger als wahrscheinlicher Ministerpräsident bezeichnet. Auch der bisherige Innenminister Dr. Schöcher dürfte nicht wiederkehren, zumal seine Sympathieerklärung für die Lösungsbestrebungen in Hannover, trotz einer abschwächenden Beröfentlichung Schöchers, von allen Parteien verurteilt wird.

Württembergischer Landtag.

Der neugewählte Landtag hat die Wahl des Präsidiums vorgenommen. An der Abstimmung beteiligten sich von 80 Abgeordneten 74. Zum Präsidenten wurde mit 50 Stimmen der Bauernbundabgeordnete Theodor Körner gewählt, der die Wahl annahm; zum ersten Vizepräsidenten wurde der Zentrumsabgeordnete Andre mit 61, zum zweiten Vizepräsidenten der Sozialist Pfäfer mit 57 Stimmen gewählt; auch sie nahmen die Wahl an.

Dänemark.

Frauentagskongress. In Kopenhagen ist der große Frauentagskongress eröffnet worden. Es sind ungefähr 150 Teilnehmer gekommen, aus Deutschland 10. Sein Zweck ist, zwischen den Frauenvereinen aller Länder eine Brücke zu bauen und all die Fragen zu behandeln, die mit dem Gemeinwohl der Familie und des einzelnen zu tun haben. Alle politischen und religiösen Fragen polemischer Natur sind nicht erlaubt.

Großbritannien.

Der ehemalige Botschafter in Berlin Sir Goschen gestorben. In London ist im 77. Lebensjahre der ehemalige englische Botschafter in Berlin, Sir Edward Goschen, gestorben. Goschen war der Diplomat, zu dem Bethmann-Hollweg gesagt hat, als ihm 1914 die englische Kriegserklärung überreicht wurde: „Also England ist bereit, für einen heißen Papier gegen ein verwandtes Volk Krieg zu führen.“ Goschen war der Sohn des berühmten konservativen Finanzministers Lord Goschen. Bevor der Verstorbenen in Berlin Botschafter wurde, vertrat er England in Kopenhagen und Wien. Die Familie Goschen ist deutscher Abstammung und mit dem Verlagshaus Göschen in Leipzig verwandt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Reichsfinanzministerium ist eine Denkschrift über den bisherigen Beamtenabbau fertiggestellt worden, die demnächst dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Berlin. Die Berliner politische Polizei hat den Führer des radikalen Flügels der kommunistischen Partei, Maslow, festgenommen und ihn dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Gegen Maslow schwebt ein Verfahren wegen Hochverrats.

Hannover. Der preussische Innenminister Severing richtete an den Oberpräsidenten von Hannover Koste ein Dankschreiben für seine erfolgreiche Tätigkeit gegen die Lösungsbestrebungen der Deutsch-Hannoveraner.

München. Der Regierungspräsident von Oberbayern, Dr. v. Kahr, der von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, hat sein Amt wieder übernommen.

Wien. Anlässlich des Freispruchs zweier Nationalsozialisten, die des Totschlages an dem Arbeiter Karl Stoll angeklagt waren, durch das Geschworenengericht, veranfaßten die Sozialdemokraten gestern Protestversammlungen, denen in den nächsten Tagen weitere Kundgebungen folgen sollen.

London. Das Unterhaus hat das Gesetz zur Abänderung der Arbeitslosenversicherung in zweiter Lesung angenommen. Dadurch wird die Auszahlung an Arbeitslose um 8 Schilling pro Woche erhöht; auch Kinder unter 14 Jahren fallen unter das Gesetz.

Platzverteilung im Reichstage.

Von rechts nach links.

Der jetzige Reichstagspräsident Lobe hatte die Führer sämtlicher Parteien im Reichstag zusammenberufen, um über die Verteilung der Sitze im Plenarsitzungsraum auf die einzelnen Fraktionen zu beschließen. Nach langer Verhandlung kam eine Einigung zustande, jedoch nicht durch einmütige Vereinbarung, sondern durch Mehrheitsbeschlüsse, die mehrfach nur mit knapper Mehrheit gefaßt wurden. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei erhob den Anspruch, auf der äußersten Rechten sitzen zu dürfen. Dieser Anspruch wurde von den Deutschnationalen bestritten. Die Parteiführer entschieden dann mit 5 gegen 4 Stimmen, wobei jede Partei eine Stimme hatte, daß die Deutschnationalen ihre bisherigen Plätze behalten. Nimmere protestierte die Deutsche Volkspartei dagegen, daß die Nationalsozialisten zwischen sie und die Deutschnationalen kämen, aber dieser Protest wurde mit 5 gegen 4 Stimmen abgewiesen, und zwar, weil die nächsten Gruppen dann denselben Protest immer wieder erhoben haben würden.

Die endgültige Gestaltung des Sitzungsraumes wird also von rechts nach links folgendermaßen aussehen: 1. Gruppe Deutschnationale, 2. Gruppe Nationalsozialistische Freiheitspartei, 3. Gruppe Deutsche Volkspartei, 4. Gruppe Bayerische Volkspartei. Hinter dieser liegen die vier Sitze der Deutschsozialen unter Führung des Abg. Runze. Weiter nach links schließt sich an als 5. Gruppe der Wirtschaftsbund, die Fraktion, die sich aus drei bayerischen Bauernbündlern, fünf Bessern und sieben Mittelständlern unter Führung von Professor Vredt gebildet hat. Als 6. Gruppe folgt das Zentrum, als 7. die Demokraten, als 8. die Sozialdemokraten, als 9. Gruppe die Kommunisten. Die Plätze werden durchweg so angeordnet, daß möglichst jede Fraktion einige Plätze im Vordergrund hat.

Kleine Nachrichten

Der kommunistische Arbeiterkongress in Leipzig.

Berlin, 21. Mai. Die kommunistische Partei hat für den kommenden Sonntag eine Konferenz nach Berlin zur Vorbereitung des Deutschen Arbeiterkongresses, der für den 1. Juni in Leipzig geplant ist, einberufen. Die Leipziger Tagung soll sich in erster Linie mit der Stellung der K. P. D. gegenüber den Rechtsorganisationen beschäftigen.

Die Pfingstsonntagsfahrten.

Berlin, 21. Mai. Die zu Pfingsten dieses Jahres geplanten Sonntagsfahrten haben von Freitag, den 6. Juni, 12 Uhr mittags, bis zum Montag, den 9. Juni, Gültigkeit. Sie können innerhalb dieser Gültigkeitsdauer unbeschränkt sowohl zur Hin- als auch zur Rückfahrt benutzt werden.

Verlängerung der Vorverkaufsfrist für Weiskarten.

Berlin, 21. Mai. Vom 1. Juni d. J. ab wird die Vorverkaufsfrist für Weiskarten der Reichsbahn und Mitropa-Kurse von 4 auf 7 Tage verlängert.

Ausschluß aus der Deutsch-sozialen Partei.

Dresden, 21. Mai. Die Deutsch-soziale Partei hat beschlossen, die Stadtverordneten Hagendorf und Bümentritt aus der Deutsch-sozialen Partei auszuschließen. Der Stadtverordnete Vont ist bereits vorher ausgeschlossen. Wie die Telegraphen-Union weiter erfährt, hängt diese Ausschließung mit Unregelmäßigkeiten der Geschäftsführung zusammen.

Ein Strafantrag gegen vier Bankdirektoren.

Stettin, 21. Mai. Gegen die Direktoren Amberg, Blang, Kull und Leht der Dresdener Bank, Filiale Stettin, hat wie der Pommerische Landesdienst meldet, der Reichsverband der Bankangehörigen, Ortsgruppe Stettin, Strafanzeige wegen vollendeten und versuchten Betruges bei der Staatsanwaltschaft in Stettin gestellt. Dieser Anzeige wurden vier eidesstattliche Versicherungen beigegeben.

Steuernotverordnungen im Rheinland zugelassen.

Koblenz, 21. Mai. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die erste, zweite und dritte Steuernotverordnung im besetzten Gebiet unter bestimmten Vorbehalten zugelassen.

Ein Sägewerk niedergebrannt.

Kassel, 21. Mai. In Waldappel ist das Sägewerk von Christian Fuchs niedergebrannt. An den Strohvorräten im Drechselschuppen fanden die Flammen so reichliche Nahrung, daß sie im Nu auf das große Sägewerk und die Schreinerie übersprangen und alles in Asche legten. Sämtliche Maschinen sind vernichtet. Es wird Brandstiftung vermutet.

Die Sanktionspolitik im Rheinland.

Düsseldorf, 21. Mai. Die Besatzungsgruppen haben die Beschlagnahmen, die sie in den letzten Tagen nach Ablehnung des von ihnen geforderten Neubaus einer Artilleriekaserne durchgeführt haben, trotz des Protestes der Stadtverwaltung und der ihrer Ausstellungsmöglichkeit beraubten Künstlerkassette aufrechterhalten. Außerdem fordern sie schon wieder einen anderen Neubau. Die Stadt soll eine große Pferdehallen für 60 bis 70 Pferde umgeben errichten. Für den Fall der Ablehnung wird damit gedroht, daß Beschlagnahmen sofort erfolgen sollen.

Geschäftsaussicht für den Bederkonzern.

Düsseldorf, 21. Mai. Die industrielle Bankgesellschaft m. b. H., das Bankunternehmen des Bederkonzerns, ist unter Geschäftsaufsicht gestellt worden.

Russische Unterbilanz.

Kopenhagen, 21. Mai. Das skandinavische Pressebureau meldet aus Moskau: Auf der kommunistischen Parteikonferenz des Moskauer Gouvernements teilte Rykow mit, daß das Defizit des russischen Staatshaushalts auf 400 Millionen Goldrubel angewachsen ist. Die Staatsausgaben betragen 1 750 000 Goldrubel. Aus Steuern und Zöllen fließen nur 1 350 000 Goldrubel Einnahmen gegenüber. Die Produktion ist auf 50 % des Standes vor dem Kriege gefallen.

Hinrichtung eines Meuterers.

Budapest, 21. Mai. Heute früh wurde der Soldat Josef Bodo, der während einer Truppenübung seinen Oberst, Alexander Kiss, erschossen hatte, hingerichtet.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 22. Mai 1924.

Merktblatt für den 23. Mai 1924.

Sonnenaufgang 3¹¹ | Mondaufgang — |

Sonnenuntergang 7¹¹ | Monduntergang 8¹¹ B.

1618 Beginn des dreißigjährigen Krieges. — 1707 Naturforscher Carl v. Linné geb. — 1886 Geschichtsforscher Leopold v. Ranke gest. — 1908 Dichter Henrik Ibsen gest. — 1915 Italien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg. — 1923 Ausbruch kommunistischer Unruhen im Ruhrgebiet.